

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 98
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 946 pabn d

Inhalt

Karl Liedtke MdB, Beauftragter für die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten, erinnert daran, daß 40 Jahre nach der Ermordung der Geschwister Scholl die Lehren noch immer nicht gezogen worden sind: Dem Widerstand die Anerkennung endlich einräumen!

Seite 1

Herta Däubler-Gmelin MdB beschreibt das Verwirrspiel um den Paragraph 218: Trotz Ceißlers Nebelkerzen ist klar, daß das Reformwerk zerstört werden soll.

Seite 3

Dieter Haak MdL schildert, wie Strauß wieder gefährliche antidemokratische Tendenzen sichtbar werden läßt: Die Demokratie sichern.

Seite 5

Wolfgang Clement unterstreicht, daß die SPD für eine aktive Arbeitsmarktpolitik eintritt: Die Union setzt auf bösartige Wahlslogane.

Seite 7

Dokumentation

Hohe Selbstfinanzierung der ABM-Maßnahmen.

Seite 8

38. Jahrgang / 36

22. Februar 1983

Dem Widerstand die Anerkennung endlich einräumen!

40 Jahre nach der Ermordung der Geschwister Scholl sind die Lehren noch immer nicht gezogen worden

Von Karl Liedtke MdB

Beauftragter für die Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten

Am 22. Februar 1983 ist es 40 Jahre her, daß die Nazis die Geschwister Scholl ermordet haben. Damit begann die Vernichtung der "Weißen Rose" in München und Hamburg, die wohl die bekannteste Widerstandsgruppe junger Deutscher im Dritten Reich war. Sie hat sich in den Jahren 1942/43 mit Aufrufen zum Widerstand gegen den Krieg und die geistige Unterdrückung durch die Nationalsozialisten an die Öffentlichkeit gewandt.

Bei der Verteilung ihres 4. und letzten Flugblattes in der Universität München wurden die Geschwister Scholl am 18. Februar 1943 entdeckt, an die Gestapo verraten und zusammen mit ihren Freunden vor Gericht gestellt. Die Geschwister Scholl und Christoph Probst wurden zum Tode verurteilt und am 22. Februar 1943 hingerichtet. Die "Rache" der Nazis: 17 Tote in München und Hamburg, 31 längere Haftstrafen. Diese Toten gehören zu den Millionen Menschen, die von den Nazis aus politischen, religiösen und rassistischen Gründen ermordet worden sind.

Auch der Widerstand durch die "Weiße Rose" gehört zu den Erinnerungen dieses Jahres an die Machtergreifung der Nazis im Jahre 1933. Er beweist: Widerstand fand sich nicht nur in der Aktion des 20. Julis 1944. Er war in fast allen Schichten unseres Volkes lebendig: In der Arbeiterbewegung, in den Kirchen, im Bürgertum, unter den Intellektuellen oder auch unter den Soldaten der damaligen Wehrmacht.



In den Aktionen der "Weißen Rose" kam die freiheitliche moralische Tradition des deutschen Bürgertums zum Ausdruck und die grundsätzliche Kritik am Nationalsozialismus, vor dem so viele seit 1933 verstummt waren oder sich gar zu seiner Unterstützung bereit gefunden hatten. Ihre Aktivitäten sind als Revolte des Gewissens auf Grund der individuellen praktischen Erfahrungen während der Hitler-Diktatur anzusehen. Diese jungen Menschen verabscheuten den Krieg als Mittel der Politik und strebten eine europäische Versöhnung an. Sie sind quasi Vorläufer der heutigen Friedensbewegungen.

Während die Mitglieder der "Weißen Rose" in die Geschichte eingegangen sind, ist "der Widerstand" nicht zum Eckstein der bundesrepublikanischen Geschichte geworden: Widerstand wird vielfach nur partiell aufgenommen.

Dafür gibt es verschiedene Hinweise:

1. Es gibt keinen Gedenktag des Widerstandes in der Bundesrepublik Deutschland.
2. Es gibt kein nationales Widerstandsdenkmal.
3. Es gibt kein Gesetz, daß die Ungültigkeit politischer Naziurteile von Anfang an feststellt. Nicht ein Nazirichter - die insgesamt 16.000 Todesurteile ausgesprochen haben - wurde zur Rechenschaft gezogen. Dies muß Unruhe unter uns schaffen, Unruhe wie der deutsche Widerstand gegen die Nazi Herrschaft an sich.

Es ist bedenklich, wenn konservative Kräfte zunehmend Begriffe wie Sicherheit, Ruhe, Ordnung, Einschränkung des Demonstrationsrechts, Fleiß und Sparsamkeit gebrauchen und damit quasi eine Sekundärmoral schaffen.

Dabei kann der Auftrag des Widerstandes nur lauten: Frieden und Friedfertigkeit. Umgesetzt in die konkrete Politik heißt das zum Beispiel

- Ablehnung jeder Rassentheorie
- Randgruppen zu Zentralgruppen unserer Aufmerksamkeit machen
- Ächtung jeder Gewalt nach innen und außen.

Diese Erfahrungen des Widerstandes müssen fester Bestandteil unseres Geschichtsbewußtseins werden. Das bedeutet, wir müssen aus den Fehler, auch den eigenen, lernen und vor allem, handeln, damit die vergangenen Ereignisse nicht wiederkehren.

(-/22.2.1983/ks/ca)

+ + +



Verwirrspiel um den § 218

Trotz Geißlers Nebelkerzen ist klar, daß das Reformwerk zerstört werden soll

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB

Vorsitzende des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages

Mitglied der Regierungsmannschaft des SPD-Kanzlerkandidaten Hans-Jochen Vogel

Bundeskanzler Kohl und sein Minister Geißler führen seit einigen Tagen ein Verwirrspiel um die geplante Änderung des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch (StGB) und seiner sozialen Begleitgesetze auf.

Da erklärte Bundeskanzler Kohl mehrfach öffentlich ("Deutschland-Magazin" 2/83 und zuletzt am 18. Februar 1983 in "Die Zeit"), daß die "Abtreibung auf Krankenschein" und der "gesamte Fragenkomplex" des Paragraphen 218 StGB Gegenstand künftiger Koalitionsverhandlungen sein werde.

Nur zwei Tage später - am 20. Februar 1983 - erklärt dann sein Minister Heiner Geißler der erstaunten Öffentlichkeit, eine Änderung des Paragraphen 218 StGB sei doch nicht geplant. Die Frage, ob in Zukunft legale Schwangerschaftsabbrüche auch von den Krankenkassen finanziert werden können, hänge nicht von einer Entscheidung der Bundesregierung, sondern des Bundesverfassungsgerichts ab. Großzügig verschwiegen wird, daß - egal wie das Bundesverfassungsgericht entscheidet - die neuen vom Bundesinnenminister Zimmermann vorgelegten Beihilfevorschriften schon jetzt die Beseitigung der Beihilfefähigkeit für Schwangerschaftsabbrüche in Fällen der sozialen und ethischen Indikation vorsehen und daß die CSU auch über das Krankenkassenrecht unabhängig von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts entsprechende Änderungen fordert.

Aber damit ist das Verwirrspiel der selbsternannten Experten für Klarheit und Wahrheit noch nicht zu Ende: Am 21. wiederum erklärt Bundeskanzler Kohl in einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur, eine Verringerung der Zahl der Abtreibungen sei "wohl weniger" durch Strafrechtsbestimmungen als vielmehr durch vernünftige sozial- und familienrechtliche Rahmenbedingungen zu erreichen. Es bestehe daher Handlungsbedarf für die Bundesregierung.

Das Ziel dieses Verwirrspiels liegt auf der Hand. Die Öffentlichkeit soll bis zum 6. März 1983 im unklaren gelassen werden. Dabei ist die Richtung, in die die Reise nach dem 6. März gehen soll, trotz vereinzelter von Familienminister Geißler geworfener Nebelkerzen eindeutig: Die Reform des Paragraphen 218 StGB und seine sozialen Begleitgesetze sollen zurückgedreht werden.

Anke Fuchs, Mitglied der Regierungsmannschaft von Hans-Jochen Vogel, und ich haben daher am vergangenen Wochenende in einem Brief Vorstandsmitglieder im DCB-Bundesvorstand, in den DGB-Landesbezirksvorständen sowie in den Vorständen der DGB-Einzelgewerkschaften aufgefordert, bei Bundeskanzler Kohl gegen diese Pläne zu protestieren. Der Brief richtet sich an alle Frauen, die Mitglied der SPD und eines der genannten Vorstände sind. Er hat folgenden Wortlaut:

Wie Presseberichte der letzten Tage bestätigen - zum Beispiel das Interview von Helmut Kohl in Kurt Zicsels "Deutschland-Magazin" 2/83; "Spiegel" vom 14. Februar 1983; "Stimme der Familie" des Katholischen Familienbundes 2/83 - wird von der



jetzigen Bundesregierung tatkräftig daran gearbeitet, die Reform des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch und die sozialen Begleitgesetze zurückzudrehen. Schon in den vergangenen Jahren haben wir mit großem Ärger zusehen müssen, daß Regierungen in CDU-beziehungsweise CSU-regierten Bundesländern ihrer Pflicht zur Hilfe und Beratung in Not geratener Frauen immer weniger nachgekommen sind: Bei den Beratungsstellen - seien es nun die der "Pro Familia" oder der Arbeiterwohlfahrt - wurden die Gelder deshalb immer knapper.

Jetzt bereitet man die Änderung der Normen der Gesetze von zwei Seiten her vor: Einmal will man - auf besonders tückische Weise - gerade den Frauen Schwierigkeiten machen, die normalerweise nicht viel Geld haben: Schwangere Frauen, die aufgrund einer rechtlich nicht zu beanstandenden Indikation, sei es nun aufgrund einer Vergewaltigung oder einer sozialen Notlage, einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen müssen, sollen die Kosten dafür in Zukunft selbst tragen. Die gesetzlichen Krankenkassen, bei denen sie versichert sind, sollen diese Kosten nicht mehr erstatten. Soweit diese Frauen Beamtinnen sind, sollen sie Beihilfeleistungen nicht mehr beantragen können. Erreicht wird damit die doppelte Belastung sowieso schon belasteter Frauen. Erreicht wird damit zum zweiten, daß entsprechend der traditionellen konservativen Haltung Frauen wieder einmal unterschiedlich behandelt werden. Denen mit gutverdienenden Ehemännern beziehungsweise Freunden und solchen Frauen, die selbst zu den wenigen weiblichen Spitzenverdienern gehören, machen diese Änderungen nichts aus. Den vielen Frauen in "normalen" oder gar in finanziell beengten Verhältnissen indessen viel.

Der zweite Schritt des Angriffs gilt der Strafrechtsvorschrift selbst: Auch hier ist die Stoßrichtung klar. Strafflosigkeit soll es nur geben bei medizinischen und eugenisch bedingten Indikationen. Schwangerschaftsabbrüche in noch so schweren Notlagesituationen oder nach Vergewaltigungen indes sollen Strafflosigkeit nicht mehr nach sich ziehen.

All das ist - wie Unionskanzler Helmut Kohl erklärt - "kein Thema vor dem 6. März", also vor den Wahlen zum Bundestag. Für uns Frauen ist das ein Thema. Zu jeder Zeit.

Und deshalb kommt es darauf an, jetzt sofort das Heft des Handelns an uns zu ziehen. Deshalb unsere Bitte: Informiert Eure Kolleginnen über diese Pläne schnell und umfassend. Schreibt an Helmut Kohl. Protestiert gegen diese Pläne, jetzt vor den Wahlen hat das noch einen Sinn.
(-/22.2.1983/ks/ca)

+ + +



Die Demokratie sichern!

Strauß läßt wieder gefährliche antidemokratische Tendenzen sichtbar werden

Von Dr. Dieter Haak MdL

NRW-Minister für Bundesangelegenheiten

Ungewollt lieferte Franz Josef Strauß, auch sonst gut für manches Bubenstück, ein Beispiel für die machtpolitischen Vorstellungen der Union: Regierungsverantwortung soll die SPD in diesem Jahrhundert nicht mehr haben! Nicht mehr dem Wähler soll die Entscheidung darüber überlassen werden, welche Partei eine Regierung bildet, sondern Strauß und seine Kumpane aus der Union und der Genscher-Lambsdorff-F.D.P. maß sich alleinige Urteilskraft an. Nichtachtung des mündigen Bürgers und Selbstüberschätzung, ja gefährliche antidemokratische Tendenzen werden hier sichtbar. Wer so redet, erzeugt Mißtrauen, verursacht bei Demokraten Ängste. Daß Strauß am politischen Aschermittwoch völlig ungeniert in der Passauer Nibelungenhalle sagen kann "man kann ohne und gegen uns für viele Jahre nicht mehr regieren" sollte endlich Warnsignale aufleuchten lassen.

Fernsehwahlspots und Wahlreden von Unionspolitikern machen deutlich, wohin die Reise gehen soll: Zurück in die fünfziger Jahre, Beseitigung der von den Regierungen Brandt/Schmidt seit 1969 durchgeführten Reformen. CDU/CSU = Bundesrepublik Deutschland und umgekehrt, so lautet die schlichte Gleichung von Kohl und Strauß. Ein totaler CDU-Staat droht: Bundespräsident, Bundeskanzler, Bundestagspräsident, Bundesverfassungsgerichtspräsident werden von der Union gestellt, im Bundesrat verfügen die christlichen Schwesterparteien ebenfalls über die Mehrheit. Nichts, aber auch gar nichts geht nach einem erneuten Wahlsieg am 6. März ohne den Willen von Unionspolitikern wie Strauß. Da mögen sich Genscher und Lambsdorff noch so sehr mühen, der F.D.P. durch Anti-Strauß-Parolen Profil zu verschaffen. Niemand kann vernünftigerweise glauben, daß eine Partei, die Unionspolitiker wie Strauß an die Schalthebel der Macht gebracht und mit ihm den Koalitionsvertrag ausgehandelt hat, in der Lage sein soll, Auswüchse zu verhindern. Die Genscher-F.D.P. ist politisch viel zu schwach und ohne jeden Spielraum, der ihr letztlich Alternativen einräumen könnte. Versprechen, die Rückzahlung der Zwangsanleihe sicherzustellen, müssen in diesem Licht gesehen werden; sie sind billige Wahlkampfparolen ohne jede Glaubwürdigkeit.



Ängstliche Warnungen Genschers vor einer drohenden konservativen Gegenreform durch die Union sind in der Tat mehr als ernst zu nehmen. Nur haben die Genschers und Lambsdorffs keine Legitimation sich über die Wende zu weniger Freiheit, zu mehr Engstirnigkeit und antidemokratischen Konservatismus zu beklagen. Die F.D.P. hat diese Wende allein vollzogen! Ihr geht es wie dem Zauberlehrling im Gedicht, der die Geister, die er rief nicht mehr los wird und am Ende unfähig sich zu wehren, das verdiente Schicksal erleidet.

Verbrecher, Mietenlügner hat der Scharfmacher der Union, Heiner Geißler, Sozialdemokraten lauthals genannt. Wer politisch Andersdenkende als Verbrecher denunziert und damit den für das Funktionieren unserer Demokratie unerläßlichen Grundkonsens zerstört, schafft letztendlich die Voraussetzungen dafür, daß Forderungen laut werden, die als Verbrecher Beschimpften auch so zu behandeln. Daß Helmut Kohl sich im Anschluß an die schlimmen Entgleisungen seines Generalsekretärs scheinheilig vor den Wähler stellt und mit treuherzigem Augenaufschlag die Zerstörung eben dieses demokratischen Konsenses beklagt, gibt den denkbar besten und ungewollt ehrlichen Aufschluß über die Qualität der zu erwartenden geistig-moralischen Erneuerung. In einem Klima geistiger Enge und freiheitsfeindlicher Gesinnung fallen auch Straußens Parolen von kultureller Entartung auf furchtbaren Boden. Persönliche Verunglimpfungen, Beschimpfungen des politischen Gegners mit einem Vokabular, das an längst vergangene Zeiten erinnert, sind für viele Politiker der Union schon so alltäglich geworden, daß die Medien dies allenfalls noch am Rande für berichtenswert halten.

Gerade in diesen Tagen wird angesichts des denkwürdigen Jubiläums der vor 50 Jahren erfolgten Machtergreifung der Nationalsozialisten immer wieder die Frage gestellt, in welchen Formen kann sich Unfreiheit eigentlich heute zeigen? Wird sie wieder in der Person eines politischen Unholds in Fantasieuniform auftreten oder beginnt sie leiser, nicht sofort bemerkbar, Zug um Zug? Sind nicht schon Verunglimpfung Andersdenkender, Behauptung von Ehrlosigkeit für den politischen Gegner und haltlose Abqualifizierung kulturellen Geschehens erste Indizien für eine Einschränkung der Freiheitsrechte? Was ist Demokratie eigentlich wert, die statisch ist, sich nicht aus sich selbst erneuern kann und in ihren Zielen rückwärts gewandt ist?

(-/22.2.1983/ks/ca)

+ + +



SPD für aktive Arbeitsmarktpolitik

Die Union setzt auf bösertige Wahlslogan

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die Unionsparteien setzen ihr demagogisches Spiel mit den Sorgen vieler Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz fort. Herrn Geißlers Wahlslogan "Wer SPD wählt, gefährdet seinen eigenen Arbeitsplatz" ist inzwischen an einigen Orten der Bundesrepublik auf bösertige Weise aufgegangen: Einzelne Unternehmer sind bis an den Rand der strafbaren Wahlnötigung gegangen, um ihre Beschäftigten für die Wahl am 6. März zur Unterstützung der Rechtskoalition zu pressen. Das sind Alarmsignale für unsere Demokratie, auch wenn die Repräsentanten der Wirtschaft sich gegen die Einschüchterungs- und Erpressungskampagne der Union ausgesprochen haben.

Die neueste Verdrehung von Herrn Geißler ist nichts als ein Ablenkungsmanöver. Die Unionsparteien, die vom Aufschwung reden, während die Arbeitslosenzahlen sprunghaft in die Höhe gehen, wollen so vom Kern der politischen Auseinandersetzung wegführen: Die Rechtskoalition, die seit Oktober letzten Jahres den Verlust von mehr als 700.000 Arbeitsplätzen hilflos hingenommen hat, hat in Wahrheit keine Rezepte zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Herren Kohl und Genscher haben behauptet, der Sturz Helmut Schmidts und die Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler sei die beste Beschäftigungspolitik. Sie werde die Arbeitslosigkeit dämpfen. Heute müssen die Arbeitnehmer diese Phrase geradezu als Hohn empfinden.

Damit wird aber auch von Tag zu Tag deutlicher, übrigens bis weit in den Bereich der christlichen Arbeitnehmerschaft hinein, daß die SPD die Partei der Arbeitsplatz-Sicherung ist. Sie hat seit Beginn der Weltwirtschafts-Rezession durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik den Arbeitslosenanteil stets unter dem der vergleichbaren Industrienationen halten können. Und sie hat auch jetzt ein konkretes Programm vorgelegt, mit dem Arbeit für mindestens eine Million Menschen geschaffen werden kann.

Das ist es, worüber die Arbeitnehmer tatsächlich am 6. März zu entscheiden haben werden: Über eine Politik der Rechtskoalition, die Arbeitslosigkeit als Folge eines freien Spiels der sogenannten Markt- und Selbstheilungskräfte billigend in Kauf nimmt, oder eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Sozialdemokratie, die mit der staatlichen Verantwortung ernst macht und alle Kräfte zur Wiederbelebung der deutschen Volkswirtschaft und zum Abbau der Arbeitslosigkeit mobilisiert.

(-/22.2.1983/ks/ca)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Der Selbstfinanzierungswert der Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen (ABM) spielt in der öffentlichen Debatte über eine aktive Arbeitsmarktpolitik eine viel zu geringe Rolle, obwohl wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse und Erfahrungswerte vorliegen. Immer noch herrscht der Gedanke vor, die ABM seien ein Faß ohne Boden und quasi Geschenke. Die SPD hat nun Modellrechnungen vorgelegt, die nachweisen, wie im Kreislauf ABM-Folgen quantitativ aussehen. Den Kosten (Punkt vier) und die Posten der Gegenrechnung (Punkt fünf und sechs) wie der Saldierung des Programmes (Punkt acht) liegen noch vorsichtige Berechnungen zugrunde:

Hohe Selbstfinanzierung der ABM-Maßnahmen

1. Programmkonditionen: ABM für Arbeitslose, die mindestens sechs Monate arbeitslos sind; abweichend von Paragraph 94 AFG beträgt der Zuschuß der Bundesanstalt für Arbeit (BA) an den Träger 100 Prozent des Arbeitsentgelts; AB-Maßnahmen werden vorwiegend für 32 Wochenstunden (Vier-Tage-Woche) angeboten.
2. Berechnungsgrundlage: 100.000 Personen.
3. Kosten pro Teilnehmer und Jahr für BA: cirka 25.800 DM bei 32 Wochenstunden; cirka 32.200 DM bei 40 Wochenstunden.
4. Gesamte Programmkosten für BA je Jahr: cirka 2,58 Milliarden DM bei 32 Wochenstunden; cirka 3,22 Milliarden DM bei 40 Wochenstunden.
5. Einsparungen
 - bei Arbeitslosengeld (einschließlich Versicherungsbeiträge): cirka 460 Millionen DM
 - bei Arbeitslosenhilfe (einschließlich Versicherungsbeiträge): cirka 340 Millionen DM
 - bei der Sozialhilfe: noch nicht quantifizierbar.
6. Mehreinnahmen
 - aus direkten Steuern: cirka 220 Millionen DM bei 32 Wochenstunden (davon Bund: cirka 100 Millionen DM); cirka 280 Millionen DM bei 40 Wochenstunden (davon Bund: cirka 120 Millionen DM)
 - aus indirekten Steuern: cirka 150 Millionen DM bei 32 Wochenstunden (davon Bund: cirka 110 Millionen DM); cirka 180 Millionen DM bei 40 Wochenstunden (davon Bund: cirka 140 Millionen DM)
 - aus Sozialversicherungsbeiträgen: cirka 400 Millionen DM bei 32 Wochenstunden (davon Bund: 1) cirka 260 Millionen DM); cirka 500 Millionen DM bei 40 Wochenstunden (davon Bund: 1) cirka 330 Millionen DM).



7. Summe der Einsparungen und Mehreinnahmen:

- bei 32 Wochenstunden:
cirka 1,57 Milliarden DM (davon Bund: cirka 1,27 Milliarden DM)
- bei 40 Wochenstunden:
cirka 1,76 Milliarden DM (davon Bund: cirka 1,39 Milliarden DM)

8. Finanzieller Mehraufwand (Nettokosten) des Programms: ²⁾

- bei 32 Wochenstunden: für den Gesamtfiskus cirka eine Milliarde DM (cirka 10.000 DM je Teilnehmer), für den Bund cirka 1,3 Milliarden DM (cirka 13.000 DM je Teilnehmer), für Länder, Gemeinden und Krankenversicherungen finanzieller Gewinn.
- bei 40 Wochenstunden: für den Gesamtfiskus cirka 1,45 Milliarden DM (cirka 14.500 DM je Teilnehmer); für den Bund cirka 1,8 Milliarden DM (cirka 18.000 DM je Teilnehmer), für Länder, Gemeinden und Krankenversicherungen finanzieller Gewinn.

1) Einschließlich Rentenversicherung und Arbeitslosenversicherung, deren Defizite der Bund decken muß.

2) Da die Einsparungen bei der Sozialhilfe nicht quantifiziert sind, handelt es sich bei den Nettokosten für den Gesamtfiskus um Höchstwerte, die wahrscheinlich unterschritten werden. (-/22.2.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

